



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bericht der Petitionskommission an den Landrat zur Petition
«Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos»**

Datum: 24. Mai 2011

Nummer: 2010-167

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Bericht der Petitionskommission an den Landrat****zur Petition «Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos»**

Vom 24. Mai 2011

1. Die Petition

Die Petition «Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos» wurde von der Grünliberalen Partei Baselland am 10. März 2011 mit rund 1'500 Unterschriften eingereicht. Die an den Landrat und an den Regierungsrat gerichtete Bittschrift verlangt, das Umwelt-Abo (U-Abo) des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) beizubehalten und es «ökologisch und ökonomisch sinnvoll weiter zu entwickeln».

In der Petition heisst es, im Rahmen einer offenbar bevorstehenden Tarifierhöhung des öffentlichen Verkehrs stehe derzeit die Abschaffung des Umwelt-Abos zur Diskussion. Das U-Abo habe «ganz wesentlich dazu beigetragen, dass heute viele Pendler den ÖV benutzen.» Auf den Unterschriftenbögen heisst es weiter: «Wir [...] wehren uns nicht gegen eine Preiserhöhung des U-Abos oder gegen eine angemessene Differenzierung der Tarife. Wir wollen aber auf jeden Fall verhindern, dass wieder viele Pendler vom ÖV auf das Privatauto umsteigen.»

Das Büro des Landrates überwies die Petition am 31. März 2011 zur Vorberatung an die Petitionskommission.

2. Beratungen in der Petitionskommission**2.1. Organisatorisches**

Die Petitionskommission behandelte das Geschäft an ihrer Sitzung vom 10. Mai 2011 im Beisein ihres juristischen Beraters Peter Guggisberg, Leiter Rechtsetzung der Sicherheitsdirektion. Die Kommission hörte eine Delegation der Petenten an, und die Bau- und Umweltschutzdirektion nahm schriftlich sowie mündlich Stellung zu den Forderungen der Petition.

* * *

2.2. Stellungnahme der Bau- und Umweltschutzdirektion

In einem Schreiben vom 28. April 2011 betont Regierungspräsident Jörg Krähenbühl als Vorsteher der Bau-

und Umweltschutzdirektion (BUD), er teile das Anliegen, dass das Umweltschutz-Abo grundsätzlich beibehalten werden solle. Auch die Feststellung der Petenten, dass sie sich weder gegen eine Preiserhöhung noch gegen eine angemessene Differenzierung der Tarife aussprechen, deckten sich mit den Ansichten der Bau- und Umweltschutzdirektion. Jedoch seien die beiden Themen «Tarifierhöhung» und «mögliche Zonierung» getrennt zu betrachten.

Es wird seitens der BUD betont, «dass Nutzer, welche regelmässig nur kurze Strecken zurücklegen [...], einen verhältnismässig hohen Preis für ihr Abonnement bezahlen. Für Reisende, welche häufig längere Strecken zurücklegen, insbesondere bei Benützung von Regio-S-Bahn und Fernverkehr», sei der Tarif hingegen «ausserordentlich günstig». Deshalb werde derzeit durch den TNW geprüft, ob allenfalls eine Differenzierung der Preise «sinnvoll und machbar» sei. Es sei aber «unbestritten, dass es weiterhin auch ein Abo für den gesamten TNW geben soll und dies zu einem angemessenen günstigen Preis».

Der Aufforderung der Petenten, «das Umwelt-Abo ökologisch und ökonomisch sinnvoll weiter zu entwickeln», sei der Regierungsrat bereits nachgekommen, indem er zusammen mit den Regierungen der anderen beteiligten Kantone die entsprechende Prüfung bereits beim TNW in Auftrag gegeben habe: «Ob und in welcher Form das U-Abo weiter entwickelt werden soll, kann erst nach Abschluss der notwendigen Studien definiert werden.»

* * *

2.3. Anhörung der Petent(inn)en

Die Forderungen der Petition wurden namens der Grünliberalen Baselland vertreten von Regula Steinemann, Frenkendorf, und von Daniel Schweizer, Pratteln.

Sie betonten die Beliebtheit des Umwelt-Abos: 2010 wurden 2,1 Millionen Abos verkauft. In den letzten Jahren habe das günstige Angebot viele Menschen zum Umsteigen vom Auto auf den ÖV motiviert. Das U-Abo, das als Vorbild für andere Tarifverbünde diene, sei ein Erfolgsprojekt und habe die verschiedenen Teile der Region Basel enger miteinander verbunden. Die Grünliberale Partei wolle verhindern, dass die Leute, weil das Angebot zu

unattraktiv wird, zurück aufs Auto umsteigen.

Dass – wie die Regierung von Basel-Stadt kürzlich behauptet habe – Baselstädter fürs U-Abo grundsätzlich eher zu viel, Baselbieter aber eher zu wenig bezahlten, sei ein falscher Eindruck. Denn sowohl in der Stadt als auch auf dem Land beträfen 85 % aller Fahrten Kurzstrecken-Distanzen. In der Stadt Basel sei das Liniennetz viel dichter als auf der Landschaft, weshalb dort sehr viele Bewohner ganz auf ein Auto verzichteten; das U-Abo decke ihre Mobilitätsbedürfnisse. Auf dem Land, wo das Netz viel grobmaschiger sei, seien dagegen die Leute auf ein Auto weiterhin angewiesen. Aus dieser Optik wäre eine finanzielle Zusatzbelastung für die Landbevölkerung nicht gerechtfertigt.

Die Petenten bestreiten die Darstellung der Bau- und Umweltschutzdirektion, per Ende 2012 sei eine Tarifierhöhung in der Höhe der aufgelaufenen Teuerung unumgänglich: Rechne man die Teuerung seit der Einführung des U-Abo auf, müsste der Abopreis heute CHF 54 pro Monat betragen; er liege jedoch bei CHF 70, also sei die Teuerung bereits überkompensiert.

Mit der grundsätzlichen Zustimmung der BUD zu den Forderungen der Petition sind die Grünliberalen zufrieden. Die 1'500 Personen, die die Petition unterschrieben hätten, wollten ein selbstbewussteres, fachlich fundierteres Engagement des Kantons für die Beibehaltung des U-Abos, wenn immer möglich mit einem Einheitsstarif. Dieser sei für die Nutzer sehr wertvoll; alle anderen Ansätze würden das System stark verkomplizieren, wie Erfahrungen in anderen Schweizer Verbundgebieten zeigten.

Mit Verweis auf den grossen politischen Druck für höhere ÖV-Preise erklären die Petenten, den Einheitszonentarif beizubehalten, wäre natürlich ideal. Aber wenn eine Zonierung komme, dann möglichst einfach, also gegebenenfalls mit zwei Zonen, aber sicher nicht mit einer weiteren Unterteilung. Das U-Abo dürfe nicht zu einer reinen Worthölse verkommen, sondern es brauche *ein* Abo für die ganze Region. Eine Zonierung würde den Wert des U-Abos massiv beeinträchtigen.

* * *

3.2. Anhörung der Bau- und Umweltschutzdirektion

Die Haltung der BUD wurde vertreten von Markus Meisinger, Leiter Öffentlicher Verkehr im Amt für Raumplanung. Er erklärte vorweg, die Tarifhoheit liege bei den Transportunternehmen. Die Einzeltarife seien im TNW fein abgestuft in acht Zonen; fürs U-Abo gelte dagegen der Einzonentarif. Das sei schweizweit einmalig. Die letzte Tarifierhöhung sei per 1. Januar 2011 erfolgt, als der Preis fürs Jahresabo von CHF 670 auf CHF 700 angehoben wurde.

Die baselstädtische Regierung habe verlangt, dass vor einer nächsten Tarifierhöhung die Einführung eines «Stadt-Abos» geprüft werde. Denn zwar sei der Preis von CHF 700 pro Jahr in einem Verbundgebiet mit über einer halben Million Einwohnern konkurrenzlos günstig, aber wer immer nur die Strecke Waldenburg-Liestal oder Breite-Kleinhüningen fahre, zahle mit diesen CHF 700 einen recht hohen Preis. Die Vollversammlung des TNW

– bestehend aus allen Transportunternehmen und den fünf beteiligten Kantonen – habe deshalb einen Abklärungsauftrag beschlossen; die Resultate müssten vor der nächsten Vollversammlung im November 2011 vorliegen. Es gehe darum, Grundlagen zu erarbeiten für andere mögliche Varianten. Eine Tarifierhöhung werde früher oder später wiederkommen, allerdings im TNW frühestens im Dezember 2012 (im Gegensatz zur nationalen Tarifierhöhung per Dezember 2011).

Der Bedarf an neuem Rollmaterial sei gross. Es müsse deshalb auch über Tarifierhöhungen über die reine Teuerung hinaus nachgedacht werden, aber dabei sei Masshalten nötig. 50 % der Leistungen würden vom Staat bezahlt. Vom Rest übernehme der Staat nochmals einen Teil via U-Abo-Subvention, und die Beiträge der Nutzer machen insgesamt rund ein Drittel aus. Wenn dieses Drittel – also die Nutzer – nun nur gerade die Teuerung ausgleichen müsste, nicht aber den Angebotsausbau, seien die Preissteigerungen in den anderen zwei Dritteln – also zulasten des Staates – nicht ausgeglichen.

Tatsächlich sei in den letzten Jahren der Angebotsausbau massiv gewesen; gerade das Nachtangebot sei kostenintensiv. Teilweise hätten auch politische Vorgaben für hohe Kosten gesorgt, so etwa die Forderung nach durchgehendem Niederflur oder nach Klimaanlagen in jedem Bus und die hohen Anforderungen an die Haltestellengestaltung oder an die Behindertengerechtigkeit.

Eine Abo-Zonierung an der baselstädtisch-baselandschaftlichen Grenze stehe nicht zur Debatte. Die heutige Zone 10, die die Stadt und die Vorortsgemeinden umfasse, sei funktional, nicht politisch gezogen. Denkbar wäre allenfalls eine Zonierung pro Talschaft (Laufental, Ergolzthal, Fricktal). Dazu laufen intensive Berechnungen, aber letztlich dürfe die Praktikabilität nicht eingeschränkt werden. Es sei also auch möglich, dass diese Übung ohne Folgen abgebrochen wird.

Eine Abschaffung des U-Abos stehe, wie die Bau- und Umweltschutzdirektion versichert, überhaupt nicht zur Diskussion.

* * *

3.3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Kommission gewann nicht den Eindruck, das U-Abo sei gefährdet. Auch die Bau- und Umweltschutzdirektion habe klargemacht, dass sie an diesem Abonnement festhalten wolle. Daher sei der Titel der Petition schlicht irreführend, wurde kritisiert. Die Forderung «Beibehaltung des Umwelt-Abos» werde von niemandem bestritten. Zudem sei der Auftrag, das U-Abo zu erhalten, im Leistungsauftrag für den ÖV enthalten.

Die Argumentation, die Teuerung sei seit der Einführung des U-Abos bereits überkompensiert, hält die Kommission für nicht haltbar. Denn in dieser Zeit wurde auch das Angebot massiv ausgebaut, was die Kostensteigerungen bedingt hat.

Die Kommission steht inhaltlich hinter den Anliegen der Petenten und unterstützt somit auch den Kurs des Regierungsrates. Mit der Petition wurden offene Türen einge-

rannt. Sie ist nach Ansicht der Kommission eigentlich erfüllt und kann in diesem Sinn zur Kenntnis genommen werden.

4. Antrag an den Landrat

://: Die Petitionskommission beantragt dem Landrat einstimmig, die Petition «Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos» zur Kenntnis zu nehmen.

Binningen, 24. Mai 2011

*Für die Petitionskommission:
Agathe Schuler, Präsidentin*

Beilage:
Unterschriftenbogen

Petition «Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos»

Im Rahmen einer offenbar bevorstehenden Tarifierhöhung des öffentlichen Verkehrs steht derzeit die Abschaffung des Umwelt-Abos des Tarifverbundes Nordwestschweiz TNW zur Diskussion. Das U-Abo hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass heute viele Pendler den ÖV benutzen. Wir Grünliberale wehren uns nicht gegen eine Preiserhöhung des U-Abos oder gegen eine angemessene Differenzierung der Tarife. Wir wollen aber auf jeden Fall verhindern, dass wieder viele Pendler vom ÖV auf das Privatauto umsteigen. Deshalb setzen wir uns für die Beibehaltung des U-Abos und dessen ökonomisch und ökologisch sinnvolle Weiterentwicklung ein.

Ich will das Umwelt-Abo beibehalten und fordere Landrat und Regierungsrat des Kantons Baselland auf, das Umwelt-Abo ökologisch und ökonomisch sinnvoll weiter zu entwickeln: *(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)*

#	Vorname	Name	Strasse + Hausnummer	Ortschaft	Email
1		213			